

Postulat Nr. P 14/2019

Stadtratssitzung vom 13. Dezember 2019

Postulat betreffend Umstellung auf klimaneutralen öffentlichen Verkehr

Fraktionen Grüne/JG, SP und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2019; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird beauftragt, in Absprache mit den Verkehrsbetrieben STI AG und dem Kanton (AÖV) die Umstellung von Dieselnissen auf umweltfreundliche, klimaneutrale, nichtfossile Busse (u. a. Elektrobusse) zu prüfen, inkl. rasch realisierbarem Pilotbetrieb auf einer ersten Linie.

Begründung

Die Umstellung ist ein dringend notwendiger Beitrag zur Senkung des CO₂-Ausstosses und damit auch zur Einhaltung der Legislaturziele. Der Verkehr ist für rund einen Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Mit Thuner AAREstrom betrieben ist beispielsweise ein Elektrobus im Betrieb nahezu CO₂-neutral.

Die Umstellung scheint finanziell vertretbar. Elektrobusse sind heute in der Anschaffung noch deutlich teurer als Dieselnisse. Der Bund plant allerdings eine befristete Anschubfinanzierung bis 2030. Zusätzlich fördert der Kanton Ladestationen für Elektrobusse mit bis zu 100'000 Franken pro Station. Gleichzeitig sind Elektrobusse deutlich günstiger im Betrieb.

Die Umstellung auf Elektrobusse ist im Gange. In der Schweiz fahren bereits Elektrobusse in Basel, Zürich, Frauenfeld, Bern, etc. im Testbetrieb oder auf ganzen Linien. In Deutschland ist die Umstellung in vollem Gang. Die österreichische Metropole Wien war es, die schon im Sommer 2013 als erste Stadt zwei ganze Buslinien umgestellt hat'.

Die Umstellung hat Signalwirkung auf den Individualverkehr. Es ist dringend notwendig, als öffentliche Institution Signale zu senden und damit dem Umdenken in der Gesellschaft und auch der technologischen Weiterentwicklung Schub zu verleihen.

Elektrobusse verursachen keine Abgase während des Betriebs und sind leise. Die wegfallenden Abgase kommen der Gesundheit der Thuner Bevölkerung zugute und schaffen eine erhöhte Lebensqualität. Das Gleiche gilt für die stark reduzierten Lärmemissionen ausserhalb und innerhalb des Busses. Zudem kann ein attraktiver ÖV dazu beitragen, die Verkehrssituation in Thun zu entlasten.

Stellungnahme des Gemeinderates

Die STI Beteiligungen AG sowie deren Tochtergesellschaft die STI BUS AG, welche den öffentlichen Verkehr betreiben, sind privat-rechtliche Aktiengesellschaften. Jene Busbetriebe wie BERNMOBIL, Basler Verkehrs-Betriebe, Verkehrsbetriebe Zürich oder Stadtbus Frauenfeld (mit Konzession an Postauto AG), die bereits einzelne Linien elektrifiziert haben, sind öffentlich-rechtliche Anstalten im Eigentum einer Stadt oder mehrerer Gemeinden. In den öffentlich-rechtlichen Verkehrsbetrieben haben die Gemeinden als Eigentümerinnen viel mehr direkte Einflussmöglichkeiten als bei einer Aktiengesellschaft.

Aus Sicht Klima- und Umweltschutz würden sowohl der Gemeinderat als auch das Amt für öffentlichen Verkehr eine Umrüstung auf einen umweltfreundlich betriebenen öffentlichen Verkehr in Thun begrüßen. An der STI Beteiligungen AG ist die Stadt Thun allerdings nur mit 13.17 Prozent am Aktienkapital beteiligt. Sie hat daher weder eine Aktienmehrheit noch eine Weisungsbefugnis. Als wichtige Standortgemeinde ist die Stadt Thun im Verwaltungsrat der STI Beteiligungen AG vertreten und kann die Haltung des Gemeinderats einbringen, ihr Handlungsspielraum ist aber beschränkt. Die STI Bus AG weist zudem zu Recht auf die Herausforderungen bei der Finanzierung hin.

Wie die bei der STI Bus AG eingeholte Stellungnahme zeigt, verfolgt die STI längerfristig die im Postulat geforderten Zielsetzungen, ist jedoch bei der Umstellung der Flotte oder auch nur einer einzelnen Linie mit grossen Herausforderungen infrastruktureller und finanzieller Art konfrontiert, für die zuerst Lösungen gefunden werden müssen. Die STI sieht sich unter den heutigen betrieblichen und infrastrukturellen Voraussetzungen nicht als «first mover» sondern als «follower».

Der Gemeinderat wie auch verschiedene städtische Abteilungen sind mit der STI Bus AG sowie mit dem Amt für öffentlichen Verkehr in regelmässigem Austausch. Da eine Umstellung auf Elektroantrieb unter anderem - je nach Technologie - auch Ladeinfrastrukturanlagen auf öffentlichem Grund zur Folge haben wird, ist und bleibt die Elektromobilität ein wichtiges Thema für gemeinsame Lösungen zwischen Stadt und STI.

Die mit dem Postulat geforderte Prüfung ist mit der vorliegenden Berichterstattung erfolgt. Die STI Bus AG hat zudem festgehalten, dass per Ende 2021 zwei bis drei Elektrobusse beschafft und deren Eignung im städtischen Linienverkehr geprüft werden soll. Da die Prüfung damit erfolgt ist, kann das Postulat angenommen und gleichzeitig abgeschrieben werden.

Antrag

Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Thun, 6. November 2019

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller

Beilage

Stellungnahme STI Bus AG vom 22. Oktober 2019